



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Fraktion in der Energie-Enquête-Kommission

Deutscher Bundestag, Platz der Republik, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 94 242

Fax: (030) 227 – 96 860

e-mail: axel.berg@bundestag.de

Berlin, den 28. Juni 2001

KWK-Gesetz sofort auf den Weg bringen – Energieförderung konsequent fortführen

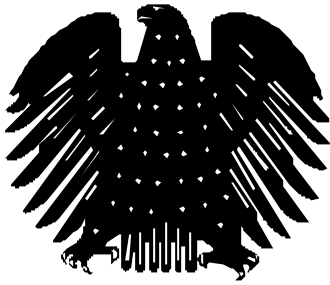
Der Arbeitskreis "Nachhaltige Energiewirtschaft" der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Leitung von Dr. Axel Berg MdB und Albrecht Koschützke hat in seiner zweiten Sitzung am 28. Juni 2001 die Entwicklungen im deutschen Wärmemarkt diskutiert. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) fordern die Mitglieder des Arbeitskreises einen Gesetzentwurf, der die angestrebte CO₂-Reduktion durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sicherstellt. Durch eine konsequente Fortführung der Markteinführung und Forschungsförderung von erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien müssen auch die Potenziale in anderen Sektoren des Wärmemarktes stärker realisiert werden.

Wir müssen den Weg in eine nachhaltigen Energiewirtschaft mit großen Schritten weitergehen. Zur Fortsetzung der Energiewende gibt es keine Alternative. Klimawandel und Ressourcenknappheit erfordern neben der Einsparung und der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien vor allem auch die Effizienzsteigerung der Energiewandlung und -nutzung. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ist ein Meilenstein auf diesem Weg. Die langen Investitionszyklen des Energiesektors erfordern heute strategische Entscheidungen für die klima- und ressourcenverträgliche Energieversorgung der nächsten Jahrzehnte.

Die KWK ist zentraler Bestandteil des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung und Voraussetzung sowohl für den Ausstieg aus der Atomenergie als auch für den Einstieg in eine nachhaltige Energiewirtschaft. KWK schafft Arbeitsplätze im Anlagenbau, bei der Errichtung und im Betrieb. Die Bundesregierung hat sich mehrfach und eindeutig für eine gesetzliche Förderung und einen Ausbau der KWK ausgesprochen. Nun muss sie den Ankündigungen umgehend Taten folgen lassen.

Nachdem am vergangenen Montag die Vereinbarung zwischen der Industrie und der Bundesregierung unterschrieben wurde, geht es nun darum, umgehend eine gesetzliche Regelung herbeizuführen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung muss sich an folgenden Leitlinien ausrichten:

Wahlkreisanschrift: Karl-Theodor-Straße 68, 80803 München, Tel.: (089) 39 41 80, Fax: (089) 33 02 99 06,
e-mail: axel.berg@wk.Bundestag.de



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Fraktion in der Energie-Enquête-Kommission

Deutscher Bundestag, Platz der Republik, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 94 242

Fax: (030) 227 – 96 860

e-mail: axel.berg@bundestag.de

- Die KWK-Regelung muss bereits bis 2005 einen deutlichen Beitrag zur Einhaltung des Klimaschutzziels der Bundesregierung leisten. Die Kabinettsvorgabe von 23 Millionen Tonnen CO₂-Reduktion bis 2010 ist ohne Abstriche umzusetzen.
- Eine Regelung muss gleichermaßen den Erhalt, die Modernisierung und den Zubau fördern. Eine gesetzliche Regelung, die keine verbindlichen Rahmen für den Zubau von KWK vorsieht, ist aus klimapolitischer Sicht nicht akzeptabel.
- Die Förderung muss der besonderen Bedeutung von Kleinst-KWK-Anlagen, wie Brennstoffzellen und Blockheizkraftwerken, gerecht werden und deren Zubau sicherstellen.
- Ein präzises Monitoring der Bonusregelung muss frühzeitig durchgeführt werden. Für den Fall der Zielverfehlung bis 2005 müssen unmittelbar politische Maßnahmen greifen – die Einführung einer Quotenregelung wird dann unvermeidbar.
- Der Gesetzentwurf für die Förderung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland muss sofort, noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause vorgelegt werden.

Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung allein reicht aber nicht aus, um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Insbesondere in den Bereichen Industrie, Gewerbe und Gebäudebestand stecken enorme wärmebedingte CO₂-Reduktionspotenziale. Die Einführung weiterer Effizienztechnologien und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien ist für einen nachhaltigen Wärmemarkt im nationalen wie im internationalen Kontext entscheidend. Bioenergie, Solarthermie und Geothermie brauchen bis zum Erreichen einer selbsttragenden Entwicklung eine angemessene Förderung. Nur so kann der Weg in eine nachhaltige Energiewirtschaft geebnet werden.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Beratungen des Haushalts 2002 ist dies zu bedenken. Eine weitere Kürzung der Mittel für das sehr erfolgreiche Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien ist völlig inakzeptabel. Um die eingeleitete Energiewende zu beschleunigen, müssen die Investitionen in Zukunftstechnologien kontinuierlich fortgeschrieben werden. Die Kostenreduzierung neuer Technologien wird nicht nur über die Markteinführung, sondern auch durch ausreichende Forschung bewirkt. Eine Kürzung der Forschungsmittel für erneuerbare Energien und Effizienztechnologien wäre ein strategischer Fehler.

Die Teilnehmer des Arbeitskreises „Nachhaltige Energiewirtschaft“ fordern die Bundesregierung auf, ihre bisher sehr erfolgreiche Politik durch die Bereitstellung von Mitteln mindestens im bisherigen Umfang fortzusetzen. Notwendig wäre eine Erhöhung.

Wahlkreisanschrift: Karl-Theodor-Straße 68, 80803 München, Tel.: (089) 39 41 80, Fax: (089) 33 02 99 06,
e-mail: axel.berg@wk.Bundestag.de